

# Thomas Schulz

- in memoria -



Am Ostermontag, den 28. März 2005 wurde der 31-jährige Thomas Carsten Schulz von dem rechtsradikalen Skinhead Sven Kahlin an der U-Bahn-Haltestelle Kampstraße in Dortmund erstochen. Mit dieser Dokumentation wollen wir dem zweifachen Vater Thomas Schulz gedenken und auf den politischen Hintergrund des Mordes und die rechtsradikalen Bezüge seines Mörders aufmerksam machen.

## - die Tat -

Thomas Schulz, auch Schmuddel genannt, war an diesem Abend mit einigen seiner FreundInnen aus der Punk-Szene auf dem Weg zu einem Konzert. Während die Gruppe die Rolltreppe in der U-Bahn-Haltestelle Kampstraße hinauf fuhr, kamen ihnen auf der gegenläufigen Rolltreppe Sven Kahlin mit einer Freundin entgegen. Kahlin ist ein rechtsradikaler Skinhead und seine national-sozialistische Gesinnung war unschwer an seiner Kleidung zu erkennen. Er trug Bomberjacke, Glatze und Doc Martin Stiefel mit weißen Schnürsenkeln. Zwischen Kahlin, der keine zwei Wochen zuvor wegen eines Überfalls auf einen anderen Punk verurteilt worden war, und den Punks entspann sich ein Wortgefecht. Kahlin rief den Punks (sinngemäß) nach, wenn sie etwas von ihm wollen würden, sollten sie doch kommen. Thomas war der Einzige aus der Gruppe der Kahlin nachging und diesen zur Rede stellen wollte. Was Thomas nicht wusste war der Umstand, das Kahlin längst ein Messer gezogen hatte und es vor ihm verbarg. Während der verbalen Auseinandersetzung stach Sven Kahlin unvermittelt mit großer Wucht zu. Er stieß Thomas das Messer zielgenau bis zum Heft in die Brust und durchbohrte sein Herz. Thomas brach zusammen und Kahlin und seine Freundin flohen. Trotz der Hilfe von PassantInnen und Maßnahmen eines Notarztes auf dem Bahnsteig konnte Thomas Schulz nicht gerettet werden. Er starb am selben Abend.

(Quelle: Urteil der 1. großen Strafkammer  
des Landgerichts Dortmund / 14 (I) K 3/05)

## - Reaktion der Dortmunder Nazi-Szene -

Die Dortmunder Nazi-Szene triumphierte über den Mord. Im Internet verbreitete sie: „*Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt!*“ Schon während der Mahnwache, die FreundInnen und Bekannte von Thomas am Tag nach der Tat für ihn auf der Verteilerebene der U-Bahn-Haltestelle Kampstraße abhielten, kam es zu ersten weiteren Drohungen und Angriffen durch Nazis. So drohte am Nachmittag ein 23jähriger Nazi einem Punk der Mahnwache verbal mit „*Ich stech Dich auch ab!*“ und in der Nacht vom 30. auf den 31. März griff dieser die dort Anwesenden mit einem Messer an. In der Nacht vor der großen antifaschistischen Demonstration zum Gedenken an Thomas am 2. April 2005 verklebten Dortmunder Nazis ein Plakat mit dem sie AntifaschistInnen offen mit Mord drohten: „*Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben...Organisiert die Anti-Antifa*“. Und am Tag der Antifa-Demo veröffentlichte der bekannte Dortmunder Rechtsradikale Siegfried Borchardt auf einer rechten Internetseite einen Artikel mit dem hämischen Titel „*Täter sind keine Opfer - no tears for punks*“. In diesem relativiert er den Mord an Thomas Schulz. Den Mörder Sven Kahlin bezeichnete die Dortmunder Naziszene umgehend als ihren „Kameraden“ und versorgte ihn mit einem renommierten Strafverteidiger.



## - der Prozess -

Sven Kahlin wurde am 17. November 2005 zu einer einheitlichen Jugendstrafe von sieben Jahren ohne Bewährung verurteilt. Aber nicht wegen Mordes wie man angesichts des Tathergangs schlussfolgern könnte, sondern wegen Totschlags. Das Gericht befand:

*„Der Angeklagte hat sich durch das festgestellte Verhalten des Totschlags gemäß § 212 StGB schuldig gemacht. Die Kammer ist der Auffassung, dass Mordmerkmale im Sinne des § 211 StGB nicht vorliegen. Es lässt sich nicht feststellen, dass der Angeklagte aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat. Die Tatsache, dass der Angeklagte Punker als "Zecken" bezeichnet, lässt einen solchen Rückschluss nach Auffassung der Kammer nicht zu.“*

(Aktenzeichen: 14 (I) K 3/05)

Das Gericht sprach dem Angeklagten die Heimtücke ab und interpretierte Kahlins tödlichen Messerstich als eine spontane Tat unter „*Aufwallung von Wut und Verärgerung*“. Darüber hinaus deutete das Gericht Sven Kahlins national-sozialistischen Sprachgebrauch, Menschen als lebensunwertes Ungeziefer zu bezeichnen, als normalen Sprachgebrauch unter Jugendlichen und entpolitisierte so die Tat. Die einheitliche Jugendstrafe entstand dadurch, dass ein weiteres Urteil wegen Nötigung und Körperverletzung zu einer Straftat Kahlins aus dem Jahr 2004 mit einbezogen wurde. Zusammen mit anderen Nazi-Skins bedrohte Kahlin damals einen Punk in einem Zug und schlug den Punk anschließend zusammen.

## Dortmund – deine Zivilgesellschaft

Diese richterliche Entpolitisierung des Mordes an Thomas Schulz reihte sich ein in viele ähnliche behördliche Entscheidungen und Reaktionen seitens der kommunalen Verantwortlichen der Stadt Dortmund auf die immer aggressivere und gewalttätigere Naziszene. So wurde nicht nur Thomas Schulz, sondern auch die drei PolizistInnen, die im Juni 2000 von dem Dortmunder Rechtsradikalen Michael Berger erschossen wurden, offiziell nicht als Opfer rechtsradikaler Gewalt anerkannt. Von einem notwendigen Ermittlungs- und Verfolgungsdruck einmal ganz abgesehen. Die Dortmunder Nazi-Szene blieb und bleibt bis heute so gut wie unbelästigt von staatlichen Maßnahmen. Die kosmetischen Interventionen des Staates verstand die Nazi-Szene zu umgehen und gegen diesen zu wenden. So z.B. die prompte Umorganisation des 2012 verbotenen rechtsradikalen Zusammenhangs „NWDO“ in die neue Parteistruktur „Die Rechte“.

### - Deutungshoheiten -

Am 14. Juni 2000 erschoss der Dortmunder Nazi Michael Berger bei einer Verkehrskontrolle den Polizisten Thomas Goretzky und verletzte dessen Kollegin Nicole Hartmann schwer. Auf der anschließenden Flucht erschoss Berger in Waltrop die beiden PolizistInnen Yvonne Hachtkemper und Matthias Larisch-von-Woitowitz. Schließlich soll sich Berger auf einem Olpener Waldweg selbst gerichtet haben. Aus der Beantwortung einer kleinen Anfrage im NRW-Landtag aus dem Jahr 2011 geht hervor, dass die Behörden bis heute der Meinung sind, dass das Motiv der Tat Verdeckungsabsicht war, „... da der Genannte – obwohl mehrfach einschlägig vorbestraft – den PKW ohne Fahrerlaubnis geführt hatte und sich außerdem in seinem Wagen und in seiner Wohnung mehrere Schusswaffen befanden, für deren Besitz er keine Erlaubnis hatte. Anhaltspunkte für eine politische Tatmotivation im Sinne der Definition "Politisch motivierte Kriminalität" lagen nicht vor. Vermutungen in den Medien über einen Zusammenhang zwischen der Tat und Hinweisen auf Aktivitäten des Genannten in der "rechten Szene" ließen sich nicht verifizieren.“



Die Definition eines psychisch gestörten Waffennarren und Einzeltäters wird bis heute von den Verantwortlichen vertreten. Und das, obwohl bei Hausdurchsuchungen die Mitgliedsausweise Bergers in den rechten Parteien „Die Republikaner“ und „DVU“ gefunden wurden. Obwohl bekannt wurde, dass Berger Sympathisant der NPD war und zum Umfeld der „Kameradschaft Dortmund“ gehörte. Und obwohl er mit den bekannten Rechtsradikalen Siegfried Borchardt und Michael Krick befreundet war und über soviel Waffen und Sprengstoff verfügte, um eine ganze Terrorzelle auszurüsten. Die Naziszene Dortmunds begrüßte die Morde mit Flugblättern und Aufklebern auf denen stand: „Berger war ein Freund von uns. 3:1 für Deutschland. KS Dortmund.“ Die von BürgerInnen eingerichtete Trauerstätte für die BeamtInnen in Dortmund-Brackel wurde geschändet und unweit an



einer Mauer die Sätze „Scheiß Bullen! Kriechen sollen sie alle! Elendig!“ geschrieben. Unbekannte sprühten in einem vier Meter langen und ein Meter hohen Schriftzug „3 weniger“ an die Hiltruper Polizeiwache und vor Bergers Wohnsitz wurden Blumen abgelegt. Alles Hinweise auf eine gute Einbindung Bergers in die rechtsradikale Szene Dortmunds.

## - den Nazis eine Gasse -

Unter den Augen der Behörden konnte die rechtsradikale Szene in Dortmund machen was sie wollte. Ein Umstand der die Nazis immer mehr anspornte und ihnen ermöglichte, politische Handlungsmöglichkeit und gesellschaftliche Freiräume zu erringen.

So schafften sie es z.B. in dem Stadtteil Dorstfeld ein Klima aufzubauen, das für viele MigrantInnen und demokratische Menschen Angsträume entstehen ließ. Auch hier waren es die Dortmunder Stadtverwaltung und die Sozialdemokraten, die ihnen diesen Sozialraum kredenzten indem sie Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre die linksalternative Hochburg Dorstfeld mit ihren zehn besetzten Häusern, Alternativprojekten und sozialen Initiativen zerschlugen und damit ermöglichten, dass sich in dem entstandenen politischen Vakuum die rechtsradikale FAP in dem Stadtteil einquartieren konnte. Seit der Jahrtausendwende sind es diese inkompetenten und/oder bewusst ignorierenden Behörden, die Dorstfeld und mittlerweile auch andere Stadtteile zu braunen Brennpunkten mutieren lassen.

Einige wenige exemplarische Beispiele aus Dortmunds behördlichem Demokratieverständnis Anfang der Jahrtausendwende:

- am 21. Oktober 2000 demonstrierten ca. 500 Nazis in der Dortmunder Innenstadt. Die Polizei kesselte stundenlang fast 400 jugendliche AntifaschistInnen ein, die sich den Nazis entgegenstellen wollten.

- am 25. Oktober 2000 zogen ca. 40 Nazis von der Polizei unbehelligt im SA-Stil durch die Dortmunder Nordstadt, riefen „Deutschland den Deutschen - Ausländer Raus“, zeigten den Hitler-Gruß und versuchten gewaltsam in das links-alternative Zentrum „Langer August“ einzudringen. Als die Polizei schließlich erschien, ließ sie alle Nazis ohne Personalienkontrolle nach Hause gehen. Lediglich der stadtbekannt Siegfried Borchardt wurde kontrolliert.



(Azzoncao-Transparent, 2007)

- am 16. Dezember 2000 wurden anlässlich einer faschistischen Demonstration 595 vor allem jugendliche AntifaschistInnen stundenlang eingekesselt, inhaftiert und erkennungsdienstlich behandelt. Die Nazis konnten unbehelligt durch Dortmunds Straßen demonstrieren. (Quelle: [www.dortmunder-polizeikessel.de](http://www.dortmunder-polizeikessel.de))

- am 16. März 2002 wirkte die Dortmunder Polizei auf den Vermieter einer Eventhalle in Dortmund-Schüren ein, ein Nazi-Konzert stattfinden zu lassen. Über 1.000 Rechtsradikale konnten dort bei einem Konzert mit internationalen Nazibands feiern. Die grüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach sprach angesichts des Verhaltens der Polizei von einem Skandal und „aktiver Ignoranz“.

Diese Aufzählung ließe sich um endlose kleine und große Berichte über Beleidigungen und Bedrohungen, Übergriffe und Überfälle durch Nazis, behördliches Negieren, Verschweigen und Verharmlosen und aktiven polizeilichen Vorgehen gegenüber AntifaschistInnen aus den letzten 15 Jahren erweitern. Dortmunds Behörden und Administration weisen eine ebenso hohe Toleranzschwelle gegenüber rechtsradikalen Aktivismus und Organisationen, Mord und Totschlag auf, wie diese Szene an den Tag legt. Selbst der Wechsel der Polizeipräsidenten und die halbherzigen und mediengerechten Inszenierungen von rechtsstaatlichen Vorgehen haben an der grundlegenden Haltung der Dortmunder Polizei, Justiz und Stadtverwaltung nichts geändert. Diese scheinen eher ein Problem im eigenverantwortlichen demokratischen und antifaschistischen Engagement der Dortmunder Bevölkerung zu sehen, als in den rechtsradikalen Bestrebungen Dortmund zu einer braunen Hochburg und Laboratorium für ihre Strategien zu machen.

Trauriger Höhepunkt in dieser Entwicklung stellt der rechtsradikale Mord der NSU an dem kurdisch-stämmigen Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık dar. Dieser wurde von Tätern des rechten Terrornetzwerks am 4. April 2006 in der Dortmunder Nordstadt begangen. Wie bei den anderen



Migranten, die durch den NSU ermordet wurden, ermittelten auch hier die deutschen Ermittlungsbehörden gegen Mehmet Kubaşık und sein persönliches Umfeld. In einer Täter-Opfer Umkehr standen die Opfer der rassistischen Morde, nicht aber die national-sozialistischen Täter und ihr Netzwerk unter Verdacht und Verfolgungsdruck seitens der deutschen Behörden. Das rechte Netzwerk befand sich hingegen unter einer fast fürsorglichen Obhut diverser deutscher Geheimdienste, die nach der Selbstenttarnung des NSU 2011 als erstes ihre Akten zu den Wissensständen ihrer Dienste vernichteten und seitdem ihre Hände in Unschuld waschen.

Während die Familie Kubaşık noch trauerte und wie zum Hohn veranstaltete der NRW-Verfassungsschutz drei Wochen nach dem Mord und nur eine Minute Fußweg vom Tatort entfernt am 27. April 2006 im Dietrich-Keuning-Haus einen Jugendkongress mit dem Titel „*Wir im Revier: für Demokratie – gegen Rechtsextremismus*“. Dies war ein Modellprojekt des NRW-Geheimdienstes um sich in den Pädagogik- und Bildungssektor zu verankern und dort Deutungshoheit darüber zu gewinnen, was in staatlichen Bildungseinrichtungen unter Rechtsextremismus und was unter Demokratie zu verstehen ist. Unterstützt wurde dieser Kongress von großen Teilen der Dortmunder Zivilgesellschaft. Und noch ein Jahr später verlautbarten die damalige Landesvorsitzende der Grünen Daniela Schneckenburger und der Sprecher des „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“, der Pfarrer Friedrich Stiller: „*Der Schülerkongress, den wir im vergangenen Jahr mit dem Verfassungsschutz durchgeführt haben, war gut. Aber so etwas müssten wir jetzt jedes Jahr machen....*“

(Quelle: WR 21.06.2007)

Während große Teile der Dortmunder Zivilgesellschaft diese Offerte des Verfassungsschutzes dankend annahmen, war der Nazi und Verfassungsschutzagent Sebastian Seemann laut Aussagen seiner Kameraden dabei, Waffen und Sprengstoff an die Dortmunder Naziszene zu liefern.

Der Lünener Sebastian Seemann gehörte zur Dortmunder Nazi-Szene und war eine Zeitlang nach Belgien gezogen. Von dort aus strickte er an dem Aufbau der in Deutschland seit 2001 verbotenen Organisation „Blood & Honour“. Offiziell wusste der Verfassungsschutz zu dieser Organisation 2006 zu berichten: „*Nach dem rechtskräftigen Verbot im Jahr 2001 sind bis heute keine Aktivitäten in NRW festzustellen, die den Fortbestand von Strukturen der „Blood & Honour“- Organisation belegen würden.*“ Neben seiner Aufbauarbeit für die Naziszene war Seemann im Drogengeschäft unterwegs. Um ausstehendes Geld einzutreiben, nötigte er seinen Kompagnon, den Dortmunder Nazi Robin Schmiemann, einen Raubüberfall zu begehen und stattete diesen mit einer Waffe aus. Schmiemann überfiel am 2. Februar 2007 die Plus-Filiale in Dortmund-Brechten und schoss einen tunesisch-stämmigen Kunden nieder. Die Laufbahn der braunen Gangster unter der Obhut des Verfassungsschutzes endete mit dem Eingreifen der Bielefelder Drogenpolizei. Dabei flog die Identität Sebastian Seemanns als Geheimdienstagent auf. In den folgenden Strafprozessen kam die Rolle Seemanns als Verfassungsschutzagent nicht zur Sprache. Als „normaler“ Krimineller wurde er verurteilt und die Tätigkeiten des Geheimdienstes beim Aufbau rechtsradikaler Strukturen blieben geheim.

Laut der WAZ vom 15. Mai 2012 gehörten Sebastian Seemann und Robin Schmiemann zu einer Dortmunder Terrorzelle aus dem „Combat 18“ - Umfeld. „Combat 18“ stellt den bewaffneten und terroristischen Flügel von „Blood & Honour“ dar. Angeblich stellte die Dortmunder Zelle ihre Aktivitäten im Jahr 2006 ein - in dem Jahr als Mehmet Kubaşık ermordet wurde. Robin Schmiemann fiel noch einmal im Frühjahr 2013 auf, als ihn das NSU-Mitglied Beate Zschäpe einen 26-seitigen Brief schrieb.

## Dortmund – Streichelzoo für Nazis

Die Geschichte des Auf- und Ausbau der Dortmunder Naziszene geht bis heute weiter. Die diversen Strategien, sich in Stadtteilen zu platzieren, sich als soziale „Kümmerer“ in Szene zu setzen, die rassistischen Vorurteile der Mitte der Gesellschaft zu bespielen, Anhängerschaft zu rekrutieren und demokratische GegnerInnen einzuschüchtern werden praktiziert.

Zum Letzteren zählten das Erstellen von sogenannten Anti-Antifa Listen mit Namen und Adressen von AntifaschistInnen im Internet, zahlreiche Überfälle und Körperverletzungen, der Angriff auf die 1. Mai Demo des DGB im Jahr 2009, die Angriffe auf die alternative Kneipe „Hirsch Q“ in Dortmund, der Überfall auf das Dortmunder Rathaus am Abend der Kommunalwahl am 25. Mai 2014, Bedrohungen von PressevertreterInnen, und vieles mehr. Als ein letztes Beispiel kann man auf die Demonstrationen der Partei „Die Rechte“ aus dem Dezember 2014 verweisen. Unbehelligt von der anwesenden Polizei konnten die Rechtsradikalen in der Dortmunder Nordstadt über die in Bergen-Belsen ermordete Jüdin Anne Frank gröhlen: „Anne Frank war essgestört!“ und „Wer sitzt im Schrank? Anne Frank!“ Später dann: „Antisemiten kann man nicht verbieten!“ Zur Verhöhnung Mehmet Kubaşık riefen sie immer wieder: „Mehmet hat's erwischt“. Und in Bezug auf Thomas Schulz jubelten sie immer wieder „Thomas Schulz, das war geil!“ und „Thomas Schulz, das war Sport!“



(Azzoncao-Transparent, 2007)

## Außer Spesen Nichts gewesen

Und so geht das rechtsradikale Bedrohungsszenario im braunen Laboratorium Dortmund weiter. Ebenso die bewusste rechtsstaatliche Ignoranz, die oberflächlich vorgibt, sie würde die anti-demokratischen und rechtsradikalen Angriffe auf die Menschen in Dortmund abwehren. Öffentlichkeitswirksam inszeniert sich der Staat alle paar Jahre über einige wenige Razzien oder Verbote. Diese werden dann von eingekauften Wissenschaftlern bejubelt und von den Medien als Ultimo Ratio gepriesen. Aber auf eine derart strukturierte und flexible Nazi-Szene hat dies kaum Auswirkungen - und soll es allen Anschein nach auch nicht haben.

Flankiert wird diese pseudo-demokratische Behördenpraxis von einer jammernden, bürgerlichen Zivilgesellschaft, die sich in symbolischen Inszenierungen angeblichen antifaschistischen Widerstands ergeht.

Ihre Haltung zeichnet sich durch Selbstüberschätzung, Wehleidigkeit und Anbiederung an den unwilligen Staat aus. Diese Haltung ist alles andere als konsequent gegen die rechtsradikalen Demokratiefeinde. Sie ist nicht behilflich, sich Kompetenzen anzueignen, soziale und vertrauensvolle Strukturen aufzubauen, Strategien, Konzepte, Taktiken und Perspektiven zu entwickeln, kontinuierliche Recherchen, qualifizierte Dokumentationen, genaue Analysen und effiziente Aktionen vorzunehmen. Diese Haltung pendelt zwischen Skandalisierung und Nicht-Beachtung der Nazi-Szene hin und her, betreibt „Leuchtturmpolitik“ an herausragenden Demonstrationstagen der Nazis, leistet PR- und Marketing Aktionen für den guten Ruf des „Standort Dortmund“, rangelt dabei um die spärlichen öffentlichen Gelder, die die städtischen Feigenblatt-Organisationen garantieren, befiehlt sich untereinander und untergräbt ihre eigenen marginalen politischen Ansätze. Konsequenterweise denunziert sie dabei die wenigen antifaschistischen Gruppierungen, die Faschismus als Konsequenz kapitalistischer Ausgrenzungs- und Verarmungspolitik sehen und ihre antifaschistische Politik mit einer linken Perspektive verbinden wollen.

All dies schafft seit Jahren ein beklemmendes und bedrohliches Klima für die Teile der Dortmunder Bevölkerung, auf die die rechte Gewalt abzielt. Ein Klima, das bundesweit seinesgleichen sucht.

## **Sven Kahlin – ein rechtsradikaler Serientäter und staatlich geregeltes Fazit**

Sven Kahlin wurde am 23. September 2010 vorzeitig und auf Bewährung aus der JVA-Werl entlassen. Der Grund: Gute Führung. Die Nazi-Szene höhnte und plakatierte anlässlich einer Demonstration gegen ihr damaliges Nazi-Zentrum auf der Rheinischen Straße am 29. September 2010: „5 Jahre für ein ganzes Leben! – 4 zu 1 für uns!“.

Kahlin galt den Nazis als Held und schon am 25. Oktober 2010 hielt er eine Rede auf einer rechtsradikalen Kundgebung in Hamm. Dabei trug er ein Sweatshirt mit dem Aufdruck: „Was sollten wir bereuen?“ Seiner Meinung nach vermutlich nichts. Und so schlug er sechs Wochen nach seiner Haftentlassung, am 13. November 2010, im Stadtteil Dorstfeld auf einen Wirt ein, der ihn auf Grund seines rechtsradikalen Auftretens der Kneipe verweisen wollte.

Ein Jahr später, am 8. November 2011, stand Kahlin wegen dieser Straftat vor Gericht. Er wurde aber nicht als Bewährungsversager wieder in Haft genommen, sondern ein weiteres Mal auf Bewährung entlassen. Die Richterin sah ihn einer Bewährung würdig. Und das, obwohl Kahlin neben dieser Gewalttat noch eine ganze Reihe ähnlich gelagerter, politisch motivierter Straftaten in der Zwischenzeit begangen hatte. So am 12. Dezember 2010, als er mit weiteren Mitgliedern der „Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld“ (SFD) die alternative Kneipe „Hirsch Q“ überfiel. Oder am 26. Juni 2011, als er wegen zweier Überfälle zusammen mit Mitgliedern der Skinheadfront im Bochumer Hauptbahnhof verhaftet wurde. Trotzdem wurde die neuerliche Strafe auf Bewährung ausgesetzt. Zwei Wochen später, am 26. November 2011, schlug Sven Kahlin mit anderen Mitgliedern der Skinheadfront zwei türkisch-stämmige Teenager auf den Dortmunder Weihnachtsmarkt krankenhausauf.

### **Radikales NS-Milieu - die Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld -**

Die vorzeitige Freilassung ihres Mitglieds Sven Kahlins motivierte die Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld zu immer mehr Straftaten. Schon im Februar 2009 machte sie bundesweit von sich reden, als Mitglieder von ihr auf der Raststätte „Rabensteiner Wald“ in Sachsen AntifaschistInnen zusammen schlugen und sie sich am 1. Mai 2009 an dem Überfall auf die Dortmunder DGB-Demonstration beteiligte. Nach Kahlins Freilassung setzten sich Mitglieder der Skinheadfront mit immer mehr Gewaltexzessen in Szene. Einige exemplarische Beispiele:

- 13.10.2010 - Angriff auf einen Tunesier (Oberhausen)
- 12.12.2010 - bewaffneter Angriff auf die „Hirsch Q“ (Dortmund)
- 29.01.2011 - Angriff auf Linke während einer Demonstration (Wuppertal)
- 11.06.2011 - rassistische Pöbeleien gegen zwei schwarze Frauen in einer U-Bahn, die Nazis stoßen deren Kinderwagen um, am gleichen Abend eine Schlägerei auf einer Kirmes (Dortmund)
- 26.06.2011 - Angriffe in einer Bar und im Hauptbahnhof (Bochum)
- 26.11.2011 - Überfall auf zwei türkisch-stämmige Jugendliche auf dem Weihnachtsmarkt (Dortmund)
- 05.08.2012 - Angriff auf eine afro-deutsche Frau in Mc Donald (Dortmund)
- 25.05.2014 - Beteiligung bei dem Angriff auf das Dortmunder Rathaus

Dies sind nur einige ihrer Taten, die in den letzten Jahren publik wurden. Die Bevölkerung Dorstfelds kann von weiteren zahlreichen Bedrohungen und Übergriffen auf Gemeindefeste, Wahlstände von Parteien, einem Wahlbüro, etc. berichten und von Pöbeleien, Beleidigungen, tätlichen Angriffen, usw. erzählen.

Im Jahr 2004 gründete sich die „Skinheadfront Dortmund - Dorstfeld“ als Kameradschaft rechter Skinheads und verkündete auf ihrer Internet-Seite ihr Vorhaben in Ober-Dorstfeld eine „National Befreite Zone“ aufzubauen. Die Kerngruppe entwickelte sich rund um den Steinauweg. Durch ihr brutales und bedrohliches Auftreten



vertrieb sie immer mehr AnwohnerInnen. Beschwerden bei der Polizei und der zuständigen Wohnbaugesellschaft, der städtischen DoGeWo, brachten keinen Erfolg. Ganz im Gegenteil. Das städtische und behördliche Verhalten war derart eklatant ignorierend und tolerierend gegenüber den Nazis, dass die umliegende Bevölkerung von einem stillschweigenden Einverständnis seitens der Behörden mit dieser Entwicklung ausging. Immer mehr AnwohnerInnen zogen aus. Immer mehr Rechtsradikale zogen in und um den Steinauweg in städtische Wohnungen ein. Von der ca. 20 köpfigen Kerntruppe wohnten 2011/12 in und um den Steinauweg gut ein Dutzend Mitglieder der Skinheadfront. Andere Mitglieder kamen aus weiteren Dortmunder Stadtteilen, Bochum, Iserlohn, Hemer und Wetzlar zu regelmäßigen Besuchen in die braune Enklave am Steinauweg.

Derart logistisch unterstützt, entwickelte sich aus der Kameradschaft ein gefestigtes soziales Milieu. Was andernorts nur in verschwiegenen Hinterzimmern und heimlichen Konzerthallen möglich ist, wurde hier zu einer gelebten nationalsozialistischen Parallelwelt. In und um den Steinauweg ertönten fortlaufend volksverhetzende Parolen, erklang rechtsradikale Musik und wurden T-Shirts von verbotenen Organisationen getragen. Zu dieser Lebenswelt zählten aber auch StadtteilbewohnerInnen, Mitglieder des örtlichen Fußballvereins, Frauen und Kinder. Zu den für alle zugänglichen Bereiche gehörten z.B. Parties, Feste, Grillabende und Public Viewing von Fußballspielen. Zu den internen Bereichen: Zeltlager, Besprechungen und Kameradschaftsabende. Über die Jahre hinweg festigte sich die Skinheadfront sozial und strukturell und machte einen Radikalisierungsprozess durch, der immer mehr Gewaltexzesse gegen Menschen hervorbrachte, die ihren Feindbildern entsprachen. Der Zusammenhalt des Milieus und die



(Skinheadfront und „Blood and Honour“ 2010 in Venlo)

Gewaltkarrieren der dort lebenden Nazis wurden zusätzlich über diverse verwandtschaftliche Beziehungen untereinander gefestigt. Neben Sven Kahlin war auch sein jüngerer Bruder Jan Kahlin in der SFD tätig. Aus Bochum erhielt die Skinheadfront Verstärkung durch die Brüder Daniel und Timo Ewers und ihren Schwager Martin Penic. Und zu nennen wäre noch das Mitglied Simon Schmiemann, dessen Bruder Robin Schmiemann noch wegen des Raubüberfalls im Gefängnis sitzt. Zuletzt machte Robin Schmiemann von sich reden, wegen seines Briefkontakts mit dem NSU-Mitglied Beate Zschäpe.

In- und ausländische Besucher gehörten zum Alltag im Steinauweg, nicht nur Mitglieder der Dortmunder Kameradschafts-Szene. Auch Nazis aus Holland und Belgien, vorwiegend Mitglieder von „Blood and Honour“ und dem „Combat 18“- Ableger, der „Racial Volunteer Force“ (RVF), wurden zu Dauergästen im Steinauweg. Diese politisch motivierten Besuche erwiderte die Skinheadfront mit diversen Konzert- und Demonstrationsbesuchen im Ausland. Die Kontakte nach Holland liefen vor allem zu Michael Krick und Ed Polman von der RVF. Das NS-Milieu der Skinheadfront und sein enormes Radikalisierungspotential ist nicht nur lokal und regional, sondern auch international verortet.

Am 10. August 2012 wurde der „Nationale Widerstand Dortmund“ verboten - mit ihm die „Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld“. Dies und einige Prozesse haben es um die Skinheadfront etwas ruhiger werden lassen. Das Milieu und die Strukturen bestehen aber weiterhin. Ebenso der durch die städtische Wohnbaugesellschaft DoGeWo ermöglichte räumliche Zusammenhang, der ihre Milieu-Strukturen ermöglicht und schützt.

### Thomas Schulz - uno di noi

Thomas Schulz war einer von uns - uno di noi. Wir werden ihn nicht vergessen. Für uns heißt das, dass wir uns täglich und aktiv gegen jede Form von Unterdrückung, Rassismus und Faschismus einmischen werden. Egal, ob er uns in Gewand des Rechtsradikalismus oder staatlicher Institutionen entgegen tritt.

**Kein Vergeben, kein Vergessen!**  
**United we stand, devited we fall**

Vi.S.d.P.: A. Müller, Geschichtswerkstatt, Dortmund

